Ordnung der Universität Passau zur Sicherung der Qualität in Studium und Lehre vom 30. 04. 2025 (Qualitätsordnung - QualO)

Erster Teil: Qualitätssicherungssystem

§ 1 Grundlagen und Anwendungsbereich

- (1) Das Qualitätssicherungssystem der Universität Passau dient der Sicherung und fortlaufenden Weiterentwicklung der Qualität im Bereich Studium und Lehre. Es folgt den formal-rechtlichen Vorgaben, die sich aus dem Studienakkreditierungsstaatsvertrag (StudAkkStV), Landesrecht (Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz – BayHIG, Bayerische Studienakkreditierungsverordnung – BayStudAkkV, sowie aus Beschlüssen auf Europaebene (European Standards and Guidelines for Quality Assurance – ESG) ergeben. Darüber hinaus orientiert es sich an den mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst geschlossenen Zielvereinbarungen, strategischen Zielen der Universität und den in qualitätssichernden Leitbildern fixierten Qualitätsansprüchen.
- (2) Das Qualitätssicherungssystem der Universität Passau besteht aus geschlossenen Regelkreisen und umfasst alle relevanten Prozesse, Instrumente und Agierenden im Bereich Studium und Lehre. Das Qualitätssicherungssystem selbst wird kontinuierlich evaluiert.
- (3) Die Qualitätsordnung der Universität Passau findet Anwendung auf folgende Bereiche:
 1. Der erste Teil regelt die Grundlagen sowie die Zuständigkeiten bei Prozessen zur Qualitätssicherung (Qualitätssicherungssystem).
 2. Der zweite Teil regelt die Zusammensetzung des universitätsinternen Akkreditierungsgremiums sowie dessen Aufgaben und die Prozesse zur Qualitätssicherung (Akkreditierungsverfahren, Einspruchsverfahren, Beschwerdeverfahren) von Studiengängen an der Universität Passau sowie den Prozess zur Beurkundung (Siegelvergabe) im Sinne des § 21 Abs. 4 Satz 2 BayStudAkkV.
 3. Der dritte Teil regelt das Verfahren zu empirischen Evaluationen an der Universität Passau und die geltenden Datenschutzbestimmungen.
 4. Der vierte Teil enthält Schlussbestimmungen.

§ 2 Zuständigkeiten

- (1) Die Universitätsleitung ist gemäß Art. 30 Abs. 2 Satz 2 BayHIG für die Aufstellung von Grundsätzen für die Qualitätssicherung und Evaluierung verantwortlich.
- (2) Der Universitätsrat beschließt gemäß Art. 36 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6. BayHIG auf Vorschlag des Senats über die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen. Die Aufhebung bzw. Änderung eines Studiengangs kann dabei aus einer ablehnenden bzw. mit Auflagen versehenen Akkreditierungsentscheidung nach dieser Richtlinie resultieren.
- (3) Das Akkreditierungsgremium ist gemäß § 17 Abs. 1 Satz 4 BayStudAkkV für die Durchführung des Akkreditierungsverfahrens für die interne Qualitätssicherung von Studiengängen zuständig.
- (4) Die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident, die oder der für den Geschäftsbereich der Qualitätssicherung zuständig ist (Vizepräsidentin oder Vizepräsident), beurkundet gemäß § 9 Abs. 2 die Akkreditierungsentscheidung, die der Siegelvergabe gemäß § 21 Abs. 4 Satz 2 BayStudAkkV entspricht.
- (5) Das Referat Qualitätsentwicklung ist für die Administration der Prozesse zur Qualitätssicherung gemäß § 23 Abs. 2 bis 5 BayStudAkkV zuständig.

Zweiter Teil: Akkreditierung und Siegelvergabe

I. Internes Akkreditierungsgremium

§ 3 Zusammensetzung

- (1) Dem Akkreditierungsgremium der Universität Passau gehören folgende Mitglieder an:
1. Die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident gemäß § 2 Abs. 4, die oder der das Gremium als Vorsitzende oder Vorsitzender leitet,
 2. je Fakultät ein vom jeweiligen Fakultätsrat entsandtes Mitglied der Gruppe der hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie gleichzeitig für den Fall des Ausscheidens oder der Verhinderung je eine Ersatzvertretung,
 3. zwei vom Studierendenparlament entsandte Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe der Studierenden sowie gleichzeitig für den Fall des Ausscheidens oder der Verhinderung je eine Ersatzvertretung,
 4. die oder der Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in Wissenschaft und Kunst für die Universität sowie
 5. eine von der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten bestimmte Vertretung des Referats Qualitätsentwicklung.

Das Akkreditierungsgremium wählt aus der Mitte der Mitglieder der Gruppe der hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer für die Dauer der Amtszeit nach Abs. 2 Satz 1 eine stellvertretende Vorsitzende bzw. einen stellvertretenden Vorsitzenden. Die Mitglieder nach den Nrn. 4 und 5 nehmen an den Sitzungen des Akkreditierungsgremiums mit beratender Stimme teil.

- (2) Die Amtszeit der Mitglieder nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 beträgt drei Jahre. Die Amtszeit der Vertreterinnen und Vertreter nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 beträgt ein Jahr. Die Fakultätsräte und das Studierendenparlament streben als entsendende Organe die geschlechterparitätische Besetzung des Gremiums an. Das Studierendenparlament soll nur je ein Mitglied je Fakultät in das Akkreditierungsgremium entsenden.
- (3) Zu einzelnen Tagesordnungspunkten können Gäste eingeladen werden.
- (4) Scheidet ein nach Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 und 3 stimmberechtigtes Mitglied oder ihre entsandten Stellvertretungen vor Ablauf ihrer oder seiner regulären Amtszeit aus, ist unverzüglich eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger für die restliche Amtszeit zu entsenden.

§ 4 Befangenheiten

- (1) Mitglieder, bei denen die Besorgnis der Befangenheit besteht oder die kraft Gesetzes von der Mitwirkung ausgeschlossen sind (Art. 51 Abs. 2 Satz 1 BayHIG i. V. m. Art. 20 und 21 BayVwVfG), dürfen in den Akkreditierungsverfahren für die betreffenden Studiengänge nicht tätig werden. Die Besorgnis der Befangenheit liegt insbesondere vor, wenn Mitglieder des Akkreditierungsgremiums
1. die Studiengangsverantwortung für einen Studiengang, der Abstimmungsgegenstand ist, tragen oder
 2. in dem Studiengang immatrikuliert sind, der Abstimmungsgegenstand ist.
- (2) Stimmberechtigte Mitglieder des Akkreditierungsgremiums dürfen, ausgenommen des Vorsitzes, gemäß Art. 49 Satz 1 BayHIG nicht zugleich Mitglieder der Universitätsleitung der Universität Passau sein.

§ 5 Aufgaben

- (1) Das Akkreditierungsgremium prüft die Resultate des studiengangbezogenen Qualitätssicherungssystems der Universität Passau auf Einhaltung der in §§ 3 bis 16, 19

und 20 BayStudAkkV und Art. 2 Abs. 2 StAkkStV definierten formalen und fachlich-inhaltlichen Qualitätskriterien und beschließt:

1. die Annahme, Änderung oder die Ablehnung qualitätssichernder Maßnahmen in Form von Auflagen und Empfehlungen, die Ergebnis der externen Begutachtung im Rahmen von Akkreditierungsverfahren im Sinne des § 18 Abs. 1 Satz 1 BayStudAkkV sind,
 2. qualitätssichernde Maßnahmen in Form von Auflagen und Empfehlungen,
 3. die vorläufige und abschließende Akkreditierung sowie die Versagung der Akkreditierung von Studiengängen durch die Beurkundung nach § 9 Abs. 2 gemäß § 21 Abs. 4 Satz 2 BayStudAkkV entsprechend durch die zuständige Vizepräsidentin bzw. den zuständigen Vizepräsidenten,
 4. die Akkreditierungsfristen sowie über Anträge von Studiengangsverantwortlichen auf Verlängerung von Akkreditierungsfristen,
 5. die Erfüllung oder Nichterfüllung von Auflagen innerhalb der vorgegebenen Frist, sowie Anträge von Studiengangsverantwortlichen auf Verlängerung der Frist zur Auflagenerfüllung,
 6. die Einleitung von Akkreditierungsverfahren und
 7. die Bestätigung der formal-korrekten Durchführung von Akkreditierungsverfahren.
- (2) Das Akkreditierungsgremium tritt in zwei ordentlichen Sitzungen pro Studienjahr der Universität zusammen.

II. Interne Akkreditierungsverfahren

§ 6 Allgemeines

- (1) Ziele der internen Akkreditierungsverfahren sind
1. die regelmäßige und systematische Qualitätssicherung von Studiengängen mittels externer Begutachtung auf Basis der in den §§ 3 bis 16 sowie 19 bis 20 BayStudAkkV und Art. 2 Abs. 2 StAkkStV definierten Kriterien,
 2. die Prüfung der Ergebnisse der externen Begutachtung durch das Akkreditierungsgremium,
 3. die Einleitung qualitätssichernder Maßnahmen in Form von Auflagen und Empfehlungen durch das Akkreditierungsgremium und
 4. die Entscheidung zur Akkreditierung oder zur Versagung der Akkreditierung (Akkreditierungsentscheidung) sowie deren Beurkundung nach § 9 Abs. 2 durch die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten.
- (2) Mögliche Ergebnisse der internen Akkreditierungsverfahren sind
1. die Akkreditierung ohne Auflagen, wenn ein Studiengang keine inhaltlichen und/oder strukturellen Mängel aufweist und die an ihn gestellten Qualitätsansprüche erfüllt sind,
 2. die Akkreditierung mit Auflagen, wenn ein Studiengang inhaltliche und/oder strukturelle Mängel aufweist, die voraussichtlich innerhalb einer gemäß § 26 Abs. 1 BayStudAkkV festgelegten Frist von in der Regel zwölf Monaten behebbar sind, oder
 3. die Versagung der Akkreditierung, wenn ein Studiengang inhaltliche und/oder strukturelle Mängel aufweist, die voraussichtlich nicht fristgerecht nach § 26 Abs. 1 BayStudAkkV zur Auflagenerfüllung behebbar sind bzw. binnen dieser Frist zur Auflagenerfüllung nicht behoben wurden.
- (3) Für die Durchführung des Akkreditierungsverfahrens gilt in der Regel eine Frist von zwölf Monaten ab dem Zeitpunkt des Beschlusses zur Einleitung.
- (4) Die Einleitung eines Akkreditierungsverfahrens gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 6 ist erforderlich
1. nach Einrichtung eines Studiengangs,
 2. bei wesentlichen Änderungen im Sinne von § 27 Abs. 1 BayStudAkkV an Studiengängen. Diese liegen in der Regel vor, wenn die Änderungen die in §§ 3 bis 16

- sowie 19 bis 20 BayStudAkkV und Art. 2 Abs. 2 StAkkStV genannten Kriterien betreffen und sich hierdurch die Akkreditierungsgrundlage maßgeblich ändert,
3. bei Feststellung einer notwendigen Neubewertung eines Studiengangs durch das Akkreditierungsgremium als Ergebnis eines Beschwerdeverfahrens gemäß § 12 Abs. 3 Nr. 2,
 4. bei stattgegebenem Einspruch gegen ein durchgeführtes Akkreditierungsverfahren gemäß § 11 Abs. 2 durch die Universitätsleitung,
 5. bei Feststellung einer nicht formal-korrekten Durchführung des Akkreditierungsverfahrens gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 7,
 6. zur Reaktivierung eines Studiengangs, dessen Einschreibung aufgrund fehlender Akkreditierung ausgesetzt ist, und
 7. zur Vermeidung von Akkreditierungslücken.
- (5) Die Einleitung von Akkreditierungsverfahren vor Studienbeginn (Konzeptakkreditierung) ist möglich.
- (6) Akkreditierungsverfahren können nicht für Studiengänge eingeleitet werden, die sich bereits in einem Akkreditierungsverfahren befinden oder ein Beschwerdeverfahren durchlaufen.
- (7) Wird eine Akkreditierung als Ergebnis eines Akkreditierungsverfahrens versagt, oder infolge eines begründeten Beschwerde- oder Einspruchsverfahrens aufgehoben, wird ein erneutes Akkreditierungsverfahren erst eingeleitet, wenn die Entscheidungsgrundlage wesentlich verändert bzw. reformiert wurde und der Studiengang im Anschluss nochmals den internen Prüfprozess durchlaufen hat.
- (8) Beschlüsse des Akkreditierungsgremiums werden der Universitätsöffentlichkeit innerhalb von sieben Werktagen im Intranet der Universität Passau durch das Referat Qualitätsentwicklung auf seiner Webseite zugänglich gemacht. Mit der Veröffentlichung beginnt die Einspruchsfrist gemäß § 11 Abs. 1.
- (9) Wesentliche Änderungen an Studiengängen, die insbesondere vorliegen, wenn die Änderungen die in §§ 3 bis 16 sowie 19 bis 20 BayStudAkkV und Art. 2 Abs. 2 StAkkStV genannten Kriterien betreffen, sind dem Akkreditierungsgremium anzuzeigen.

§ 7 Fakultätsphase

- (1) Akkreditierungsverfahren werden per Beschluss durch das Akkreditierungsgremium eingeleitet. Die entsprechenden Studiengangsverantwortlichen werden durch das Referat Qualitätsentwicklung darüber in Kenntnis gesetzt.
- (2) Studiengangsverantwortliche legen mit dem Referat Qualitätsentwicklung einen internen Zeit- sowie einen Ablaufplan für das Akkreditierungsverfahren in einem dokumentierten Vorgespräch fest.
- (3) Studiengangsverantwortliche erstellen einen Selbstbericht des zu akkreditierenden Studiengangs, der durch weitere studiengangsrelevante Anlagen ergänzt wird (Studiengangsdokumentation), und legen eine gereichte Liste mit Vorschlägen zur Zusammenstellung einer externen Begutachtungsgruppe vor. Diese Liste schließt eine Vorabanfrage zur Teilnahmebereitschaft seitens der Studiengangsverantwortlichen bei externen Begutachtenden ein und berücksichtigt eine ausreichende Anzahl geeigneter Nachrückender (Begutachtungsliste). Studiengangsverantwortliche streben eine Geschlechterparität bei der Erstellung der Begutachtungsliste an.
- (4) Das Referat Qualitätsentwicklung prüft die Studiengangsdokumentation auf Erfüllung der formalen Vorgaben gemäß der §§ 3 bis 10 BayStudAkkV in Rücksprache mit den Studiengangsverantwortlichen.
- (5) Das Referat Qualitätsentwicklung prüft und stellt die Unbefangenheit der vorgeschlagenen externen Begutachtungsgruppe gemäß § 24 Abs. 5 Nr. 3 BayStudAkkV sicher und stellt auf Grundlage der Begutachtungsliste eine Begutachtungsgruppe in angemessener Größe

gemäß § 24 Abs. 1 BayStudAkkV zusammen. Bei Befangenheit der externen Begutachtungsgruppe und nach Erschöpfung geeigneter Nachrückender reichen die Studiengangsverantwortlichen einen neuen Vorschlag ein; bei erneuter Befangenheit der externen Begutachtungsgruppe hat die Universitätsleitung das Vorschlagsrecht.

§ 8 Begutachtungsphase

- (1) Die externe Begutachtungsgruppe wird unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindesten einer Woche vom Referat Qualitätsentwicklung einberufen.
- (2) Die Qualität des Studiengangs wird von der externen Begutachtungsgruppe auf Basis der Studiengangsdokumentation in Austausch mit Studiengangsverantwortlichen, Dozierenden, Studierenden, der Universitätsleitung und dem Referat Qualitätsentwicklung in der Regel im Rahmen einer Begehung evaluiert. Wird ein Studiengang zum Zeitpunkt der Einleitung des Akkreditierungsverfahrens noch nicht angeboten (Konzeptakkreditierung) oder wird ein Studiengang reakkreditiert, kann die Begutachtungsgruppe einvernehmlich auf eine Begehung verzichten.
- (3) Die externe Begutachtungsgruppe fertigt in Abstimmung mit dem Referat Qualitätsentwicklung einen Akkreditierungsbericht an, der Vorschläge zu qualitätssichernden Maßnahmen in Form von Auflagen und Empfehlungen enthalten kann sowie eine Empfehlung zur Akkreditierung bzw. Versagung der Akkreditierung des Studiengangs enthält.
- (4) Der Akkreditierungsbericht wird den Studiengangsverantwortlichen zur Stellungnahme zur Verfügung gestellt, die binnen zwei Wochen beim Referat Qualitätsentwicklung eingereicht werden soll.

§ 9 Gremien- und Beurkundungsphase

- (1) Das Akkreditierungsgremium beschließt auf Grundlage der Studiengangsdokumentation, des Akkreditierungsberichts und der gegebenenfalls eingereichten Stellungnahmen.
- (2) Die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident beurkundet die Akkreditierungsentscheidung. Die Beurkundung entspricht der Siegelvergabe des Akkreditierungsrates im Sinne des § 21 Abs. 4 Satz 2 BayStudAkkV.
- (3) Die Beschlüsse nach Abs. 1 werden mit der Beurkundung wirksam.

III. Fristen- und Beschwerdemanagement

§ 10 Fristen und Maßnahmensicherung

- (1) Akkreditierungen und Reakkreditierungen sind gemäß § 25 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 2 BayStudAkkV für einen Zeitraum von acht Jahren gültig.
- (2) Für die Auflagenerfüllung gilt gemäß § 26 Abs. 1 BayStudAkkV eine Frist von in der Regel zwölf Monaten. Die Akkreditierung eines Studiengangs mit Auflagen gilt vorläufig bis zum Ablauf der nach Satz 1 bestimmten Frist.
- (3) Die jeweils für die Durchführung des Studiengangs zuständigen Fakultäten verantworten die Umsetzung von qualitätssichernden Maßnahmen innerhalb der geltenden Frist; dies betrifft auch jene systemischen qualitätssichernden Maßnahmen, die über die Zuständigkeitsbereiche der Studiengänge hinaus gehen.
- (4) Nach Beschluss zur Feststellung der fristgerechten Erfüllung von Auflagen gilt die Akkreditierung abschließend ab dem Zeitpunkt des Beschlusses des Akkreditierungsgremiums zur vorläufigen Akkreditierung rückwirkend für einen Zeitraum von acht Jahren.
- (5) Werden Auflagen nicht oder nicht fristgerecht erfüllt, beschließt das Akkreditierungsgremium die Versagung der Akkreditierung des Studiengangs unter Widerruf der vorläufigen Akkreditierung.

- (6) Ausgesprochene Empfehlungen sind nicht Teil der Maßnahmensicherung durch das Akkreditierungsgremium und werden von den jeweiligen Fakultäten verantwortet. Das Referat Qualitätsentwicklung berichtet dem Akkreditierungsgremium auf Nachfrage über die Umsetzung von Empfehlungen.
- (7) Ein Beschluss zur Versagung einer Akkreditierung erfordert einen Beschluss zur Fristverlängerung bei nicht fortgeführten Studiengängen gemäß § 25 Abs. 3 Satz 1 BayStudAkkV für bei Ablauf des Geltungszeitraums der Akkreditierung noch eingeschriebene Studierende. Mit dem Beschluss stellt das Akkreditierungsgremium sicher, dass der zu verlängernde Studiengang keine wesentlichen Änderungen aufweist und die erforderlichen personellen und sächlichen Mittel nachhaltig vorgehalten werden.

§ 11 Einspruchsverfahren

- (1) Alle Beschlüsse des Akkreditierungsgremiums werden binnen sieben Werktagen der Universitätsöffentlichkeit vom Referat Qualitätsentwicklung auf seiner Webseite zugänglich gemacht. Gegen Beschlüsse des Akkreditierungsgremiums steht den Mitgliedern der Universität Passau der Einspruch zu. Die Einspruchsfrist beträgt zwei Wochen; sie beginnt mit der Veröffentlichung des jeweiligen Beschlusses gemäß Satz 1. Die in Textform bei der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Akkreditierungsgremiums einzureichende Einspruchsschrift muss den Beschluss bezeichnen, gegen den der Einspruch gerichtet wird und eine Begründung enthalten, aus der sich eine Rechtsverletzung oder konkrete Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Richtigkeit des angefochtenen Beschlusses begründen. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.
- (2) Die Universitätsleitung prüft die Zulässigkeit des Einspruchs und verwirft diesen bei Unzulässigkeit bzw. bei Ablauf der Frist in Abs. 1 Satz 3 als unzulässig. Ist ein Einspruch zulässig, setzt die Universitätsleitung binnen eines Semesters eine Kommission bestehend aus mindestens fünf professoralen und fünf studentischen Vertreterinnen und Vertretern sowie, soweit erforderlich, externen Qualitätsmanagement-Expertinnen und -Experten zur Bewertung des Akkreditierungsvorgangs. Die Kommission spricht der Universitätsleitung bis zum Ende des auf den Einspruch folgenden Semesters in einer schriftlichen Stellungnahme eine Empfehlung zur Entscheidung im Einspruchsverfahren aus. Die Universitätsleitung trifft ihre Entscheidung im Einspruchsverfahren unter Berücksichtigung der Stellungnahme durch die Kommission.
- (3) Ist ein zulässiger Einspruch unbegründet, wird der Beschluss des Akkreditierungsgremiums von der Universitätsleitung aufrechterhalten. Ist ein zulässiger Einspruch begründet, hebt die Universitätsleitung den Beschluss des Akkreditierungsgremiums insoweit auf. Wird ein Beschluss des Akkreditierungsgremiums aufgehoben, entscheidet die Universitätsleitung über die Beendigung des laufenden und die Einleitung eines neuen Akkreditierungsverfahrens.
- (4) Bei einem erfolgreichen Einspruchsverfahren geht das Recht zur Verfahrenseinleitung vom Akkreditierungsgremium auf die Universitätsleitung über.
- (5) Entscheidungen der Universitätsleitung nach Abs. 2 und 3 werden mit einer Begründung versehen und der Einspruchsführerin oder dem Einspruchsführer und dem Akkreditierungsgremium bekanntgegeben. In der Begründung sind die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe mitzuteilen, die die Universitätsleitung zu ihrer Entscheidung bewogen haben. Die Begründung von Ermessensentscheidungen soll auch die Gesichtspunkte erkennen lassen, von denen die Universitätsleitung bei der Ausübung ihres Ermessens ausgegangen ist.
- (6) Wird gegen ein wegen eines erfolgreichen Einspruchsverfahrens eingeleitetes Akkreditierungsverfahren erfolgreich Einspruch eingelegt, beschließt die Universitätsleitung die Durchführung eines externen Programmakkreditierungsverfahrens.

§ 12 Beschwerdeverfahren

- (1) Gegen die Nichterfüllung von Qualitätskriterien gemäß §§ 3 bis 16 sowie 19 bis 20 BayStudAkkV und Art. 2 Abs. 2 StAkkStV können Mitglieder der Hochschule jederzeit Beschwerde bei der oder dem Vorsitzenden des Akkreditierungsgremiums erheben. Beschwerden müssen den Studiengang, gegen den sich die Beschwerde richtet, benennen, sich auf mindestens eins der oben genannten Qualitätskriterien beziehen und schriftlich begründet werden.
- (2) Erfüllt eine Beschwerde die Anforderungen des Abs. 1 nicht, wird sie von der oder dem Vorsitzenden des Akkreditierungsgremiums als unzulässig verworfen. Ist eine Beschwerde zulässig, wird den Vertreterinnen oder Vertretern der Studierenden im jeweiligen Fakultätsrat und der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät, der die Durchführung des Studiengangs obliegt, Gelegenheit zur Stellungnahme zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen gegeben; die Stellungnahmen sind innerhalb einer Frist von vier Wochen bei der oder dem Vorsitzenden des Akkreditierungsgremiums einzureichen.
- (3) Das Akkreditierungsgremium beschließt, sofern die Beschwerde spätestens sechs Wochen vor der nächsten ordentlichen Sitzung eingegangen ist, in dieser auf Grundlage der Beschwerdebegründung und der Stellungnahmen nach Abs. 2 zur Qualitätssicherung des betreffenden Studiengangs entweder
 1. qualitätssichernde Maßnahmen zur Erfüllung des oder der angezeigten Kriterien,
 2. die Einleitung eines Akkreditierungsverfahrens oder
 3. den Widerruf der bestehenden Akkreditierung.
- (4) Entscheidungen des Akkreditierungsgremiums nach Abs. 2 und 3 werden mit einer Begründung versehen und der Beschwerdeführerin oder dem Beschwerdeführer bekanntgegeben. In der Begründung sind die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Entscheidungsgründe mitzuteilen. Die Begründung von Ermessensentscheidungen soll auch die Gesichtspunkte erkennen lassen, von denen das Akkreditierungsgremium bei der Ausübung seines Ermessens ausgegangen ist.

Dritter Teil: Evaluationen

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 13 Evaluationsbegriff und Evaluationsformen

- (1) Evaluationen umfassen die regelmäßige und systematische Erhebung, Verarbeitung, Auswertung und Dokumentation sowie eine Auseinandersetzung mit und Kommunikation von Daten zur Weiterentwicklung der Evaluationsgegenstände im Sinne des § 14 Abs. 2.
- (2) Evaluationsverfahren im Sinne von Abs. 1 sind:
 1. Lehrveranstaltungsevaluationen,
 2. Studieneingangs- und Studienabschlussbefragungen,
 3. Absolventinnen- und Absolventenbefragungen,
 4. anlassbezogene interne Befragungen,
 5. Studiengangsevaluationen,
 6. Befragungen externer Personen, die mit der Universität Passau in Verbindung stehen oder standen,
 7. externe Befragungen und Rankings.

§ 14 Ziele, Durchführung und Evaluationsergebnisse

- (1) Ziel von Evaluationen ist die Überprüfung, Sicherung und Entwicklung der Qualität in Studium und Lehre. Sie dienen insbesondere der kontinuierlichen Überprüfung der Einhaltung von universitären und gesetzlichen Qualitätsstandards und -kriterien durch Schaffung von Transparenz bezüglich der Qualität von Studium und Lehre sowie der

Vorbereitung und Durchführung interner Akkreditierungsverfahren. Darüber hinaus fördern die Evaluationen einen offenen Dialog der Hochschulmitglieder über Qualitätsentwicklungsmöglichkeiten, indem die Mitglieder der Universität Passau bei der Qualitätssicherung und -entwicklung von Studium und Lehre aktiv beteiligt werden.

- (2) Evaluationsgegenstand sind insbesondere alle Leistungsbereiche der Universität, die für Studium und Lehre unmittelbar relevant sind.
- (3) Evaluationen setzen kontextspezifisch verschiedene, den Informationsbedürfnissen gerechte Verfahren und wissenschaftliche Methoden ein.
- (4) Evaluationsergebnisse sind Grundlage für eine kontextspezifische und angemessene Ableitung von Maßnahmen zur Weiterentwicklung des jeweiligen Evaluationsgegenstandes. Abgeleitete Maßnahmen sind zu kommunizieren und innerhalb einer in der Maßnahmenentscheidung festgelegten Frist durch die jeweils Verantwortlichen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.
- (5) Aus Evaluationsergebnissen abgeleitete Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -entwicklung sind schriftlich, z. B. in Protokollen, Stellungnahmen oder Berichten, zu dokumentieren. Ergebnisse und ggf. abgeleitete Maßnahmen sowie deren Dokumentation werden in geeigneter Weise an die Befragten kommuniziert.

§ 15 Zuständigkeiten

- (1) Die Fakultäten evaluieren fakultäts-, studiengangs- und lehrveranstaltungsbezogen.
- (2) Die wissenschaftlichen Einrichtungen und die Leistungsbereiche der Universität Passau, die für Studium und Lehre unmittelbar relevant sind, evaluieren einrichtungs- und lehrveranstaltungsbezogen. Für die Durchführung der Evaluation sind die jeweiligen Leitungen der wissenschaftlichen Einrichtungen und Leistungsbereiche verantwortlich.
- (3) Das Referat Qualitätsentwicklung unterstützt die Fakultäten und Leistungsbereiche der Universität, die für Studium und Lehre unmittelbar relevant sind, bei den in § 13 Abs. 2 Nrn. 1, 4 und 5 genannten Evaluationen nur gemäß den nachfolgenden Vorschriften und führt hochschulweite Befragungen gemäß § 13 Abs. 2 Nrn. 2 bis 6 durch. In den Fällen, in denen sich die Universität Passau an externen Befragungen beteiligt, erfolgt die Durchführung nach Anhörung der daran beteiligten Einrichtungen.

II. Lehrveranstaltungsevaluationen

§ 16 Ziele und Inhalte der Lehrveranstaltungsevaluationen

- (1) Die Lehrveranstaltungsevaluationen zielen auf die Qualitätssicherung und -entwicklung der jeweiligen Lehrveranstaltung im Hinblick auf gesamtuniversitäre Qualitätskriterien und die Kategorien des Leitbilds für die Lehre der Universität Passau ab. Lehrveranstaltungsevaluationen geben den Studierenden und Lehrenden die Gelegenheit zur kritischen Reflexion der Lehrveranstaltungen.
- (2) In aggregierter Form können die Ergebnisse der individuellen Lehrveranstaltungsevaluationen in fakultäts- bzw. universitätsweite Auswertungen einfließen.
- (3) Bei Lehrveranstaltungsevaluationen werden Studierende nach Maßgabe des Art. 7 Abs. 3 Satz 1 BayHIG zu fachlich-inhaltlicher Gestaltung und den methodisch-didaktischen Ansätzen der jeweiligen Lehrveranstaltung befragt und die Ergebnisse den jeweiligen Lehrpersonen zugänglich gemacht. Die Befragung hat anonym zu erfolgen.
- (4) Die Ergebnisse der Lehrveranstaltungsevaluation in aggregierter und nicht-personenbezogener Form, werden den Befragten im Rahmen der Lehrveranstaltung oder in Textform zur Verfügung gestellt. Gemäß Art. 7 Abs. 3 Satz 5 BayHIG wird den betroffenen Lehrenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Ergebnissen gegeben.

§ 17 Ablauf und Form der Lehrveranstaltungsevaluationen

- (1) Die Lehrveranstaltungen sind in durch die jeweiligen Fakultätsräte festgelegten angemessenen zeitlichen Abständen zu evaluieren. In begründeten Ausnahmefällen können die Fakultäten und Leistungsbereiche der Universität, die für Studium und Lehre unmittelbar relevant sind, davon abweichen.
- (2) Die Evaluationsverfahren sind in ihrer Form frei wählbar. Evaluationen werden in der Regel in Form schriftlicher Befragungen oder dokumentierter mündlicher Evaluationsgespräche durchgeführt.
- (3) Die Studiendekanin oder der Studiendekan ist für die Inhalte der Befragung im Rahmen der Lehrveranstaltungsevaluation verantwortlich.

§ 18 Umgang mit Ergebnissen der Lehrveranstaltungsevaluationen

- (1) Die Verantwortlichen nach § 15 Abs. 2 und 3 Satz 1 übernehmen die Bewertung der Ergebnisse der Lehrveranstaltungsevaluationen hinsichtlich der Qualitätssicherung und -entwicklung der Lehre.
- (2) Die Studiendekanin oder der Studiendekan informiert einmal jährlich die Mitglieder der jeweiligen Fachschaftsvertretung über die Ergebnisse der durchgeführten Lehrveranstaltungsevaluationen. Das Referat Qualitätsentwicklung unterstützt die jeweiligen Verantwortlichen beratend im Rahmen der vorhandenen personellen Kapazität.
- (3) Die Verantwortlichen nach § 15 Abs. 3 Satz 1 fassen die Ergebnisse aller Lehrveranstaltungsevaluationen in aggregierter und nicht-personenbezogener Form im Rahmen des jährlichen Lehrberichts im Sinne des Art. 40 Abs. 2 Nr. 4 BayHIG bzw. des einrichtungs- und einheitsbezogenen Berichtes zusammen. Die Evaluationsergebnisse werden fakultäts- bzw. einrichtungsintern veröffentlicht. Die Ergebnisse der Lehrveranstaltungsevaluationen in aggregierter Form und abgeleitete Maßnahmen werden in der (Lehr)-Berichterstattung gemäß Art. 40 Abs. 3 BayHIG dokumentiert.

III. Studiengangsevaluationen

§ 19 Ziele und Inhalte der Studiengangsevaluationen

- (1) Studiengangsevaluationen zielen auf die Qualitätssicherung und -entwicklung von Studiengängen im Hinblick auf universitäre und gesetzliche Vorgaben und Qualitätskriterien ab und stellen gemäß § 18 Abs. 1 BayStudAkkV die regelmäßige Bewertung von Studiengängen durch eigene Studierende sicher.
- (2) Studiengangsevaluationen geben Studierenden und Lehrenden die Gelegenheit zur gemeinsamen kritischen Auseinandersetzung mit Studiengängen in ihrer Gesamtheit auf Basis von gemäß § 18 Abs. 3 BayStudAkkV erhobenen Daten.
- (3) Studiengangsevaluationen werden in einem von der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten festgelegten Semester (Studiengangsevaluationssemester) durchgeführt und setzen sich in der Regel aus einer Studiengangsbefragung (§ 20) und einer Studiengangskonferenz (§ 21) zusammen.
- (4) Studiengänge sind mindestens einmal im Akkreditierungszeitraum mittels Studiengangsevaluationen zu evaluieren.

§ 20 Studiengangsbefragungen

- (1) Studiengangsbefragungen zielen auf eine systematische Datenerhebung zur Qualität von Studiengängen ab.
- (2) Studiengangsbefragungen werden in der Regel zu Beginn eines Studiengangsevaluationssemesters im Sinne des § 19 Abs. 4 durch das Referat Qualitätsentwicklung durchgeführt.

- (3) Studiengangsbefragungen richten sich an alle Studierenden eines Studiengangs, die zum Zeitpunkt der Durchführung einer Studiengangsbefragung im betreffenden Studiengang immatrikuliert sind. Die Befragung erfolgt anonym.
- (4) Studiengangsbefragungen erfolgen elektronisch mittels modularer Fragebögen. Die Fragebögen beinhalten einen universitätsweit einheitlichen Frageblock zu den in der BayStudAkkV festgelegten Qualitätskriterien und universitären Standards, wie z. B. universitären Leitbildern. Sie können durch optionale, studiengangsspezifische Items ergänzt werden.
- (5) Die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident ist für die Inhalte des universitätsweiten Frageblocks verantwortlich. Die oder der Studiengangsverantwortliche ist für optionale, studiengangsspezifische Items verantwortlich.
- (6) Das Referat Qualitätsentwicklung ist verantwortlich für die Auswertung der Befragungsergebnisse in aggregierter und nicht-personenbezogener Form und informiert die Verantwortlichen nach Abs. 7 über die Ergebnisse der Studiengangsbefragung vor Durchführung der Studiengangskonferenz.
- (7) Die Bewertung der Befragungsergebnisse erfolgt im Rahmen von Studiengangskonferenzen (§ 21) durch die Studiengangsverantwortliche oder den Studiengangsverantwortlichen sowie die Studierenden nach Abs. 3.

§ 21 Studiengangskonferenzen

- (1) Studiengangskonferenzen zielen auf die Bewertung von und mögliche Maßnahmenableitung aus den Ergebnissen von Studiengangsbefragungen zur Qualitätssicherung und -entwicklung der Studiengänge durch die nach § 20 Abs. 7 Verantwortlichen ab.
- (2) Studiengangskonferenzen werden in der zweiten Hälfte eines Studiengangsevaluationssemesters durchgeführt. Das Referat Qualitätsentwicklung unterstützt die Durchführung im Rahmen der vorhandenen personellen Kapazität.
- (3) Studiengangskonferenzen erfolgen im Rahmen eines strukturierten Gesprächs auf Basis der Befragungsergebnisse gemäß § 20 Abs. 6 sowie ggf. den Ergebnissen systemischer Evaluationen nach § 22.
- (4) Studiengangsverantwortliche dokumentieren die Ergebnisse von Studiengangskonferenzen in Form einer schriftlichen Stellungnahme. Die Stellungnahme umfasst die Ergebnisse der Studiengangsbefragung und -konferenz in aggregierter und nicht-personenbezogener Form sowie ggf. abgeleitete qualitätssichernde Maßnahmen und ist Teil der Selbstdokumentation im Rahmen interner Akkreditierungsverfahren.
- (5) Die Studiendekanin oder der Studiendekan und die oder der Studiengangsverantwortliche sind zuständig für die Bewertung der Ergebnisse der Studiengangskonferenz und die Ableitung von Maßnahmen gemäß § 14 Abs. 4 Satz 2.
- (6) Die Kommunikation von Stellungnahmen an die Universitätsleitung, die Fakultäten sowie die Studierenden nach § 20 Abs. 3 erfolgt durch das Referat Qualitätsentwicklung.

IV. Systemische Evaluationen

§ 22 Studieneingangsbefragungen und Studienabschlussbefragungen

- (1) Studieneingangsbefragungen legen den Fokus auf den Übergang von Schule, vorherigen Studienabschlüssen und dem Berufsleben ins Studium und erheben mögliche förderliche und hinderliche Aspekte der Studieneingangsphase, um daraus Maßnahmen zur Optimierung des Studieneinstiegs abzuleiten.
- (2) Studienabschlussbefragungen legen den Fokus auf den Abschluss des Studiums und erheben Aspekte bezüglich des Studiums, des Übergangs in weiterführende Studiengänge oder Ausbildungsphasen und/oder des Einstiegs in das Berufsleben, um daraus

Maßnahmen im Rahmen der Qualitätsentwicklung der Studiengänge und der übrigen Leistungsbereiche der Universität abzuleiten. Studienabschlussbefragungen sollen außerdem Erkenntnisse über mögliche förderliche und hinderliche Aspekte beim Übergang in die Promotion an der Universität Passau bringen.

- (3) Studieneingangsbefragungen und Studienabschlussbefragungen werden jährlich durchgeführt. Mittels Studieneingangsbefragungen werden Studierende des zweiten und dritten Fachsemesters zum Studieneingang befragt. Mittels Studienabschlussbefragungen werden Studierende vor Studienabschluss zum Studienabschluss befragt.
- (4) Für die Organisation, Durchführung und Auswertung der Studieneingangs- und Studienabschlussbefragungen ist das Referat Qualitätsentwicklung zuständig.
- (5) Die Ergebnisse werden auf Universitäts-, Fakultäts- und soweit möglich auf Studiengangsebene ausgewertet. Die universitätsweit aggregierten Ergebnisse werden an die Universitätsleitung, die Fakultäten, die Studiendekaninnen und Studiendekane, die relevanten zentralen Einrichtungen und die Studierendenvertretungen in anonymisierter Form weitergegeben und danach intern veröffentlicht.

§ 23 Absolventinnen- und Absolventenbefragungen

- (1) Absolventinnen- und Absolventenbefragungen sollen insbesondere eine retrospektive Bewertung des Studiums, der Studienbedingungen und der im Studium erworbenen Kompetenzen und ihrer Relevanz für die Zeit nach dem Studium erbringen. Die Befragungen sollen darüber hinaus eine adäquate Abbildung des beruflichen Werdegangs der Absolventinnen und Absolventen mit Blick auf Verbleib und Karrierepfade ermöglichen. Sie ermöglichen der Universität Passau insgesamt sowie ihren einzelnen Fakultäten und Studiengängen, das jeweilige Studienangebot sowie damit verbundene Service- und Beratungsangebote weiterzuentwickeln.
- (2) Absolventinnen- und Absolventenbefragungen werden jährlich durchgeführt.
- (3) Die Universität Passau führt Absolventinnen- und Absolventenbefragungen in der Regel mit dem Instrument der bayerische Absolventenstudie (BAS) des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung (IHF) durch.
- (4) Die Ergebnisse werden auf Universitäts-, Fakultäts- und soweit möglich auf Studiengangsebene ausgewertet. Die universitätsweit aggregierten Ergebnisse werden an die Universitätsleitung, die Fakultäten, die Studiendekaninnen und Studiendekane, die relevanten zentralen Einrichtungen und die Studierendenvertretungen in anonymisierter Form weitergegeben und danach intern veröffentlicht.

§ 24 Anlassbezogene interne Befragungen

- (1) Anlassbezogene interne Befragungen ergänzen die regelmäßigen Evaluationsverfahren der Universität Passau und dienen dazu, besondere Fragestellungen zu beleuchten.
- (2) Universitätsweite anlassbezogene Befragungen bedürfen der Zustimmung eines Mitglieds der Universitätsleitung und werden in Abstimmung mit dem Referat Qualitätsentwicklung durchgeführt. Bei anlassbezogenen Befragungen innerhalb einer Fakultät entscheiden die Dekanin oder der Dekan und die Studiendekanin oder der Studiendekan in Abstimmung mit dem Referat Qualitätsentwicklung unter Inkenntnissetzung eines Mitglieds der Universitätsleitung. Bei anlassbezogenen Befragungen innerhalb der wissenschaftlichen Einrichtungen und der Leistungsbereiche der Universität, die für Studium und Lehre unmittelbar relevant sind, entscheidet die Leitung in Abstimmung mit dem Referat Qualitätsentwicklung unter Inkenntnissetzung eines Mitglieds der Universitätsleitung.
- (3) Das Referat Qualitätsentwicklung unterstützt die jeweiligen Verantwortlichen beratend im Rahmen der vorhandenen personellen Ressourcen.
- (4) Zu Beginn der Befragung sind die Teilnahmebedingungen für die Befragten zu veröffentlichen.

- (5) Die Ergebnisse der Befragung werden von den jeweiligen Initiierenden in einem Bericht zusammengefasst und an die betroffenen Einheiten zeitnah zurückgemeldet. Sie werden mit geeigneten Verantwortlichen bzw. Gremien besprochen und danach intern veröffentlicht, sofern die Universitätsleitung nichts Abweichendes bestimmt.

§ 25 Anlassbezogene externe Befragungen

- (1) Die Universität Passau kann Befragungen und Evaluationen extern durchführen lassen. Als regelmäßige externe Befragungen kommen insbesondere Befragungen oder Rankings von Hochschulen bzw. Fächern/Studiengängen in Betracht, die für Studienbewerbende und Stakeholder öffentlich einsehbar sind.
- (2) Die Inhalte richten sich nach der Art der konkreten Befragung, Ablauf und Form nach der Art der externen Befragung bzw. des Rankings.
- (3) Die Entscheidung über die Teilnahme und deren Umfang obliegt im Falle einer universitätsweiten Befragung nach § 13 Abs. 2 Nr. 6 der Universitätsleitung. Über die Teilnahme einzelner Fakultäten entscheidet die jeweilige Studiendekanin oder der jeweilige Studiendekan im Benehmen mit der Dekanin oder dem Dekan und der Universitätsleitung. Das Referat Qualitätsentwicklung koordiniert universitätsweit die Teilnahme an externen Befragungen, führt die Befragung in Rücksprache mit den beteiligten wissenschaftlichen Einrichtungen, Verwaltungseinheiten und Fakultäten der Universität Passau durch. Die involvierten Fakultäten, insbesondere deren Studiendekaninnen und Studiendekane, informieren fakultätsintern über die Befragung.

§ 26 Befragungen externer Personen, die mit der Universität Passau in Verbindung stehen oder standen

Für Befragungen externer Personen, die mit der Universität Passau in Verbindung stehen oder standen gilt § 24 entsprechend.

V. Datenschutzbestimmungen

§ 27 Allgemeine Bestimmungen zur Erhebung und Verarbeitung von Daten und Ergebnissen

- (1) Die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Universität Passau erfolgt auf Grundlage von Art. 7 Abs. 2 und 3 BayHIG. Bei der Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen der Qualitätssicherung haben die beteiligten Hochschulmitglieder alle einschlägigen Regelungen zum Datenschutz, insbesondere die DSGVO, das BDSG und das BayDSG zu wahren.
- (2) Personenbezogene Daten bei der Evaluation von Lehre und Studium im Sinne von Art. 4 Nr. 1 DSGVO sind Daten aus Befragungen von Studierenden, Absolvierenden sowie Lehrenden, die sich auf die Beurteilung der Lehre individueller Lehrpersonen beziehen.
- (3) Im Rahmen der Evaluationen erhobene personenbezogene Daten sind ausschließlich zum Zweck der Qualitätssicherung und -entwicklung zu verarbeiten. Eine zweckfremde Nutzung ist nicht gestattet.
- (4) Es gilt der Grundsatz der Datensparsamkeit. Soweit im Hinblick auf das Ziel der Evaluation möglich, hat die Evaluation grundsätzlich anonym zu erfolgen. Erhobene personenbezogene Daten sind dementsprechend sobald wie möglich zu anonymisieren. Andernfalls hat sich die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf das im Hinblick auf die Zielsetzung notwendige Maß zu beschränken.
- (5) Die Weitergabe von personenbezogenen Daten im Sinne von Abs. 2 ist ausschließlich in den Grenzen dieser Evaluationsordnung gestattet. Eine Weitergabe an Dritte ist nicht zulässig.

- (6) Der Schutz der im Rahmen von Evaluationsverfahren gewonnenen Daten ist durch geeignete Maßnahmen organisatorischer und technischer Art zu gewährleisten. Dies betrifft insbesondere die technisch unterstützte Erhebung, Verarbeitung und Speicherung der nötigen Datensätze.
- (7) Personenbezogene Daten sind umgehend zu anonymisieren, sofern sie für den Zweck, für welchen sie erhoben wurden, nicht mehr benötigt werden, d. h. Identifikationsmerkmale (insbesondere Namen von Lehrenden, Titel von Lehrveranstaltungen, o. Ä.) sind zu löschen. Die Dekaninnen und Dekane sowie die Studiendekaninnen und Studiendekane sind verpflichtet, die ihnen auf der Grundlage dieser Ordnung überlassenen personenbezogenen Daten nach spätestens drei Jahren zu löschen.

Vierter Teil: Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Qualitätsordnung tritt am 30.04.2025 in Kraft. Gleichzeitig treten die Richtlinie zu internen Akkreditierungsverfahren an der Universität Passau vom 07. Februar 2024 sowie die Evaluationsordnung der Universität Passau vom 19. Juni 2024 außer Kraft. Abweichend von Satz 2 findet die dort benannte Richtlinie weiterhin Anwendung auf Akkreditierungsverfahren und die dort benannte Ordnung weiterhin Anwendung auf Evaluationen, die vor dem in Satz 1 bestimmten Zeitpunkt eingeleitet wurden.